



## Bericht aus Berlin 45.KW

Angelika Krüger-Leißner, MdB



*Liebe Genossinnen und Genossen,  
Liebe Leserinnen und Leser,*

im Arbeits- und Sozialausschuss hatten wir drei Anhörungen, u.a. zum Arbeitnehmerentendegesetz und zum Mindestarbeitsbedingungs-gesetz. Wir wollen in acht weiteren Branchen gemeinsam mit den Tarifvertragsparteien zu **Mindestlöhnen** kommen. Das muss uns noch in diesem Jahr gelingen. Eine gute Beratung gab es im Landkreis Havelland zur neuen Organisationsstruktur des ILZs. Ich unterstütze die Forderung des **Landrates Dr. Schröder** und des **ILZ Geschäftsführers Dennis**

**Granzow**, den kommunalen Einfluss zu stärken und das ILZ eigenständiger agieren zu lassen. Gleichzeitig muss der Bund weiterhin in der Verantwortung bleiben. Das ist für mich keine Frage, denn der Abbau der Arbeitslosigkeit ist keine regionale Aufgabe, sondern von gesamtstaatlicher Bedeutung.

Ein wichtiges Thema in der nächsten Woche wird das **Bombodrom** sein. In dieser Woche hatte der Petitionsausschuss sein Votum noch mal verschoben. Ein Treffen aller Abgeordneten aus Brandenburg, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern mit **Hubertus Heil** wird zeigen, wie wir weiter mit dem Thema im Bundestag umgehen. Denn eines steht weiterhin fest, wir haben einen klaren Parteitagsbeschluss für eine friedliche Nutzung der Region. Dem muss die SPD-Fraktion gerecht werden.

Im Wahlkreis laufen die Nominierungsrunden für die **Kandidatur zur Bundestagswahl**. Ich darf mich an dieser Stelle für die Unterstützung der Ortsvereine **Velten, Hennigsdorf, Oranienburg, Glienicke, Hohen Neuendorf und Dallgow-Döberitz recht herzlich bedanken**. In der nächsten Woche bin ich in Schönwalde, im Mühlenbecker Land und in Falkensee. Das ist eine sehr intensive Arbeitszeit, gibt einen aber auch Kraft für das, was im nächsten Wahljahr geleistet werden muss, denn nur ge-

meinsam werden wir diese Herausforderung schaffen. Ein schönes Wochenende und viel Spaß beim Lesen wünscht, Eure

*Angelika Krüger-Leißner*

### 1. Aus dem Ausschuss Arbeit und Soziales

Derzeit beraten wir im Ausschuss gleich mehrere große Gesetzentwürfe. Mit dem vorliegenden Entwurf zum **Entsendegesetz** erhalten die Branchen die Möglichkeit, den bisher eingeschränkten Zugang zu nutzen. Daraus ergibt sich die Chance, eine All-

gemeinverbindlichkeitserklärung von mehr Tarifverträgen zu erreichen und dadurch Lohndumping und unfaire Arbeitsbedingungen zu unterbinden. Insbesondere in der **Zeitarbeitsbranche** sehe ich die jetzige Tariflandschaft von den Unternehmen zunehmend ausgehöhlt. Wir brauchen eine gesetzliche Untergrenze. Überall da, wo die Tarifvertragsparteien einer Branche der Meinung sind, dass für sie ein branchenbezogener Mindestlohn gelten sollte, sie aber keine 50% Tarifbindung erreichen, ermöglicht das **Mindestarbeitsbedingungs-gesetz** die gesetzliche Festlegung eines branchenbezogenen Mindestlohns. Damit erreichen wir eine wesentliche Verbesserung im Niedriglohnbereich. Das ein Mindestlohn der CDU noch immer ein Dorn im Auge ist, hat die Anhörung gezeigt. Dennoch, da bin ich mir sicher, werden wir uns durchsetzen.

Ein weiteren wichtigen Gesetzentwurf, dem der **Neuorganisation des SGB II** habe ich in der letzten Woche in Nauen mit dem **Landrat Dr. Schröder**, dem **ILZ Geschäftsführer Dennis Granzow** und der **Geschäftsführerin der Agentur für Arbeit Neuruppin, Cornelia Schlegel** beraten. Dazu eingeladen hatte ich den zuständigen **Staatssekretär im BMAS Detlef Scheele**, der das Organisationsmodell der **Zentren für Arbeit (ZAG)**, wie die ARGEn künftig heißen sollen, mitentwickelt hat. Dieses Modell orientiert sich stark an der bisherigen Struktur der ARGE. Damit bleiben Personalstruktur und

1. Ausschuss Arbeit und Soziales
2. FFG-Novelle
3. Termine



## Bericht aus Berlin 45.KW

Angelika Krüger-Leißner, MdB



Kooperation zwischen BA und Kommune bestehen. Das ist auch gut so, denn es kann auf bestehende Strukturen zurückgegriffen werden.

Verbesserungsbedarf sehe ich noch in der Frage, wie Konflikte zwischen BA und Kommunen gelöst werden. Hier muss es mehr Entscheidungskompetenzen für die Kommunen geben. Derzeit erarbeitet das Innenministerium den Text für die Verfassungsänderung. Jetzt sind die Länder am Zug, den bei der Arbeits- und Sozialministerkonferenz verhandelten Kompromiss mitzutragen. So wie es aussieht, gibt es da noch erheblichen Dissens zwischen A- und B-Ländern. Sollten die B-Länder nicht einwilligen, wäre die getrennte Trägerschaft die logische Konsequenz. Eine Lösung, die sowohl der Bund als auch der Landkreis nicht anstreben.

### 2. FFG - Novelle

Nach jahrelangen Vorbereitungen hat das Änderungsgesetz für die **Filmförderung** in dieser Woche eine entscheidende Hürde genommen: Der **Kulturausschuss** hat den Gesetzentwurf beschlossen. Als **filmpolitische Sprecherin** war ich intensiv mit der Arbeit an diesem Gesetz befasst. Mit der Filmförderung wollen wir erreichen, dass wir in den Kinos gute deutsche Filme zeigen können. Deshalb haben wir zum Beispiel die **Drehbuchförderung** verstärkt. Denn eine gute Stoffvorlage ist der erste Schritt zu einem erfolgreichen Film. Wir wollen aber auch die Filmwirtschaft selbst fördern. Für mich steht dabei im Vordergrund, dass unsere Kinos, wie bei uns in **Falkensee, Hennigsdorf und Oranienburg** erhalten bleiben. Derzeit machen viele Lichtspieltheater eine Krise durch, weil die Zuschauerzahlen abnehmen.

Auch die zunehmende Konkurrenz durch Internet-Angebote, wie **Video on Demand** wirken sich hier aus. Das Kino kann aber bald auch wieder attraktiver werden, wenn die Kinos auf **digitale Filmvorführung** umstellen: bessere Ton- und Bildqualität, **3-D-Filme** und Live-

Übertragungen von Großereignissen. Vorher aber müssen die Kinos hohe Investitionen aufbringen. Deshalb war es mir bei der FFG-Novelle besonders wichtig, dass wir die Kinos bei der **Abgabe für die Filmförderung** stärker entlasten. Diese Änderung konnte am Ende noch durchgesetzt werden. Ebenso habe ich mich erfolgreich dafür eingesetzt, dass die **Arbeitsbedingungen am Drehort** für die Schauspieler und anderen Filmschaffenden besser beachtet werden. Hier hat es in der letzten Zeit zunehmende Klagen gegeben. Mit der FFG-Novelle werden die Filmproduzenten angehalten, die **arbeitszeitgesetzlichen und tariflichen Standards** auch wirklich einzuhalten.



AKL mit eingereichten Drehbüchern zur Filmförderung

### 3. Termine

*Samstag, den 08. November 2008*

10.00 Uhr Wahlparteitag UB Oberhavel in Oranienburg

*Sonntag, 09. November 2008*

10.30 Uhr Zentrale Gedenkveranstaltung der Bundesregierung anlässlich des 70. Jahrestages der Pogromnacht

14.00 Uhr Gottesdienst und Rede anlässlich des 70. Jahrestages der Pogromnacht in Oranienburg

*Dienstag, den 11. November 2008*

15.30 Uhr Kuratoriumssitzung des Filmfestivals in Cottbus

19.00 Uhr Eröffnung des Filmfestivals mit Frank-Walter Steinmeier und Matthias Platzeck in Cottbus

*Mittwoch, den 12. November 2008*

19.00 Uhr OV Schönwalde

*Donnerstag, den 13. November 2008*

18.00 Uhr Rede im Bundestag zur FFG-Novelle

19.30 Uhr OV Mühlenbecker Land

*Samstag, den 15. November 2008*

11.00 Uhr OV Falkensee